

zur Einschränkung des Personen- oder Güterverkehrs auf den Straßen oder gar zu einer am Klimaschutz orientierten Besteuerung fossiler Brennstoffe wäre nicht zu rechnen.

Es ist daher zu befürchten, dass bei einem Anziehen der Konjunktur auch die spanischen CO<sub>2</sub>-Emissionen wieder steigen werden. Eine am Klimaschutz orientierte Wirtschaftspolitik ist – mit Ausnahme der Förderung Erneuerbarer Energiequellen und der damit verbundenen guten Positionierung spanischer Firmen auf dem internationalen Markt – nicht zu erkennen. Die Sicherheitspolitik oder auch Einwanderungspolitik wird in Spanien schon gar nicht als Teil der Klimapolitik bewertet, obwohl gerade Spanien zuletzt einem hohen Migrationsdruck aus den Dürregebieten Afrikas ausgesetzt war. Im Gegensatz dazu wird eine am Klimaschutz orientierte Entwicklungspolitik im Rahmen der

VN-Klimaschutzabkommen als Möglichkeit gesehen, die eigenen Verfehlungen bei den Emissionszielen auszugleichen.

Zwar räumt auch die Mehrheit der Spanier angesichts der erdrückend hohen Arbeitslosenquote der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang vor dem Klimaschutz ein. Doch hat sich unter der Leitung des ehemaligen Greenpeace-Vorsitzenden Juan López de Uralde inzwischen mit Equo auch eine neue grüne Partei gebildet. In der Vergangenheit sind zwar schon mehrere ähnliche Projekte gescheitert. Aber aufgrund der Entwicklung der politischen Prioritäten der großen Volksparteien und der gleichzeitig geringen Attraktivität der Postkommunisten für umweltbewusste bürgerliche Wähler räumen politische Beobachter dem neuen Projekt gute Chancen bei den nächsten Parlamentswahlen ein – als politische Folge des Klimawandels in Spanien.

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

*Hubert Gehring | Alena Falathova*

### KLIMAPOLITIK EIN THEMA ZWEITER KLASSE

Die Klimapolitik ist in der Tschechischen Republik ein Thema, das sich in dem öffentlichen sowie politischen Diskurs erst noch durchkämpfen muss. Die größten Bedrohungen unserer Zeit sehen Bürger und politische Repräsentanten in Tschechien in anderen Bereichen. Laut einer Europabarometer-Umfrage zur Einstellung zum Klimawandel<sup>1</sup> erwecken bei Tschechen die größten Besorgnisse der globale ökonomische Abschwung, der Mangel an Wasser und Lebensmitteln sowie die Verbreitung von Krankheiten. Der Klimawandel wird erst als viertwichtigstes globales Problem eingestuft. Dennoch wünscht sich eine große Mehrheit, dass sowohl die Regierung als auch die kommunalen Institutionen und besonders die Unternehmen mehr für den Klimaschutz leisten sollten. Auch ein gemeinsames Vorgehen der EU befürworten 67 Prozent und wünschen sich, dass die Gemeinschaft mehr Geld für den Umweltschutz (75 Prozent) bereitstellt. Dass man selbst nicht genügend gegen den Klimawandel tut, geben 64 Prozent der tschechischen Befragten an und votieren damit ähnlich wie der Rest

Europas. Die mäßige Bereitschaft, sich persönlich für den Klimaschutz einzusetzen, zeigt sich vor allem an der geringen finanziellen Beteiligung hinsichtlich der Investition in Erneuerbare Energien und Energieeinsparung, aber auch an der geringen Anzahl ehrenamtlicher Aktivitäten im Klimaschutzbereich.

Das könnte unter anderem damit zusammenhängen, dass die tschechischen Bürger zu den Europäern gehören, die sich nicht ausreichend genug über Umweltthemen informiert fühlen.<sup>2</sup> Die tschechische Presseberichterstattung zum Klimawandel behandelt Umweltthemen sehr oberflächlich. Nur im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Vorgehen von EU oder VN wird dem Thema größere Aufmerksamkeit gewidmet. Im nationalen Kontext berichten die Medien hinsichtlich des Klimawandels vor allem über die Energiepolitik und die Erneuerbaren Energien. Kennzeichnend für die Debatte in den Medien sind die polemischen Einwände, ob es den Klimawandel überhaupt gibt und ob der Mensch überhaupt darauf Einfluss nehmen kann. Der Klima-Experte Petr Patočka vom tschechischen Think Tank Glopolis sieht den Grund dafür in den mangelnden Kenntnissen der tschechischen Journalisten über den Klimawandel.

1 | „Europeans attitude towards climate change“, *Europabarometer-Spezial*, Nr. 322 (2009), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_322\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_322_en.pdf) [02.09.2011].

2 | „Einstellungen der Europäischen Bürger zur Umwelt“, *Europabarometer-Spezial*, Nr. 295 (2008), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_295\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_295_de.pdf) [02.09.2011].

Dadurch leide die Berichterstattung, die sich auf der ideologischen und nicht der praktischen Ebene bewege. Bedeutend ist auch die Rolle des Präsidenten Václav Klaus, dem wohl bekanntesten Kritiker des Klimawandels in Tschechien. Er vertritt dabei die These, dass der Klimawandel ein natürlicher Prozess sei, den der Mensch nicht verursacht habe und auf den man auch keinen Einfluss ausüben könne. Die „grünen Dogmen der Klimapolitik“ bezeichnet Klaus als eine der teuersten und am wenigsten demokratischen politischen Entscheidungen unserer Zeit. Der traditionelle Gegenspieler von Präsident Klaus, die Grüne Partei mit ihrem ehemaligen Vorsitzenden und Ex-Umweltminister Martin Bursík, konnte bei den Parlamentswahlen 2010 mit 2,44 Prozent nicht die Fünf-Prozent-Hürde erreichen und ist nicht mehr im Parlament vertreten. Mit dem Scheitern der Grünen Partei ist die Thematik des Klimawandels sowohl im öffentlichen als auch im politischen Diskurs kaum mehr vorhanden.

Dabei gibt es durchaus auch tschechische wissenschaftliche Studien, die den Klimawandel in der Tschechischen Republik bestätigen. Das Tschechische Hydrometeorologische Institut (HMI), gleichzeitig Sekretariat des Nationalen Klimaprogramms der Tschechischen Republik, beobachtete in den letzten Jahrzehnten folgende Prozesse<sup>3</sup>: Die maximalen, minimalen sowie durchschnittlichen Temperaturen sind zwischen den Jahren 1961 und 2000 gestiegen. Insgesamt wird es somit auch in Tschechien immer wärmer. Gleichzeitig tendiert das Wetter immer mehr zu Extremen. Folgen des Klimawandels kann man in der Landwirtschaft sowie im Forstwesen beobachten. Das HMI registriert kontinuierlich die Auswirkungen des Klimawandels in der Tschechischen Republik und veröffentlicht regelmäßig Studien. Bis zum Jahr 2050 wird sich nach dem Modell des HMI die Durchschnittstemperatur um 0,9 bis 3,0 Grad Celsius erhöhen, die maximalen und minimalen Temperaturen werden weiter steigen bzw. sinken, das Wetter wird extremer werden und die Niederschläge werden um 0,2 bis 0,6 Prozent pro Jahr sinken.

Auch das tschechische Umweltministerium führt Studien zum Klimawandel durch und veröffentlicht jährlich einen Bericht über den Zustand der Umwelt, der den Einfluss von externen Faktoren wie z.B. der Wirtschaft auf die Umwelt analysiert. In der letzten Legislaturperiode initiierte das Umweltministerium eine neue Studie, die die bisher bekannten Folgen des Klimawandels präzisieren soll. Die Studie wird in

Zusammenarbeit mit den führenden tschechischen akademischen Instituten<sup>4</sup> durchgeführt. Die neuen Daten aus den Sektoren Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Forstwesen sollen 2011 bekannt gegeben werden. Die tschechischen Expertenkreise setzen sich also durchaus aktiv mit der Problematik des Klimawandels auseinander. Dennoch ist der Weg von Studienergebnissen zu konkreten Maßnahmen der Politik kompliziert und stößt vor allem auf politische und ideologische Hindernisse.

Zurzeit wird Klimapolitik von keiner Parlamentspartei aktiv betrieben. In der aktuellen Regierung Nečas fallen die für die Klimapolitik wichtigen Ressorts wie Umweltministerium, Wirtschaftsministerium und Landwirtschaftsministerium in die Kompetenz der Bürgerpartei (ODS), die in diesem Bereich stark durch ihren Begründer Václav Klaus geprägt und somit klimaskeptisch ist. Vor allem im Umweltministerium, welches vorher von den Grünen geführt wurde, kam es mit der neuen Regierung zu einem raschen Politikwechsel. Umweltminister Drobil (ODS) kündigte bei seinem Amtsantritt an, dass er das Umweltministerium „entideologisieren“ wolle. Auch der neue Umweltminister Chalupa, der nach dem Rücktritt von Drobil das Amt übernahm, hat eine ähnliche Einstellung. Die Abteilung für Klimapolitik wurde aufgelöst und die Agenda zwischen dem Referat für Erneuerbare Energien und dem Referat für Klimawandel und Luftschutz aufgeteilt. Die ehemalige Vize-Umweltministerin Rut Bízková (ODS) meint dazu, die Klimapolitik bleibe immer noch eine der Prioritäten des Umweltministeriums, doch die Hauptpriorität sei die Verbesserung der Luftqualität, die eine größere Sorge für die tschechischen Bürger darstelle.<sup>5</sup> Durch solche Äußerungen wird deutlich, dass es an einer Definition, was Klimaschutzpolitik bedeutet bzw. beinhaltet, in Tschechien offensichtlich noch fehlt. Das Schicksal einer von Bursík angegangenen komplexeren und integralen Definition von Klimaschutzpolitik, welche verschiedene Themenbereiche wie z.B. die Frage der Emissionen, Energetik, Adaptation und Mitigation in der Landwirtschaft, aber auch das staatliche Finanzsystem betrifft, ist ungewiss. Nach diesem Entwurf sollten die Treibhausgas-Emissionen zwischen den Jahren 2005 und 2020 um 20 Prozent reduziert werden (also um 40 Prozent im Vergleich zum Jahre 1990) – viel mehr,

3 | Jan Pretel, „Präsentation von HMI: Klimawandelübersicht“, 2007, [http://old.chmi.cz/OS/metspol/prednasky/Pretel\\_klimaticka\\_zmena.pdf](http://old.chmi.cz/OS/metspol/prednasky/Pretel_klimaticka_zmena.pdf) [02.09.2011].

4 | Mathematisch-physikalische Fakultät der Karls-Universität, T.G.Masaryka Forschungsinstitut für Wasserwirtschaft, Institut für systematische Biologie und Ökologie AV ČR, Forschungsinstitut für pflanzliche Produktion und HMI.

5 | Martina Surá, „Bízková vyměnila náměstky a zrušila Bursíkovu sekci pro klima.“, 2010, [http://zpravy.idnes.cz/bizkova-vymenila-namestky-a-zrusila-bursikovu-sekci-pro-klima-p7q-/domaci.asp?c=A100420\\_134455\\_domaci\\_taj](http://zpravy.idnes.cz/bizkova-vymenila-namestky-a-zrusila-bursikovu-sekci-pro-klima-p7q-/domaci.asp?c=A100420_134455_domaci_taj) [02.09.2011].

als die aktuellen internationalen Verpflichtungen der Tschechischen Republik vorsehen. Diese Konzeption wurde aber bis dato nicht beschlossen und wird von der jetzigen Regierung auch nicht beschlossen werden. Obwohl es damit auch weiterhin keine integrale Klimaschutzpolitik geben wird, sind verschiedene Aspekte in verschiedenen Ressorts integriert. An erster Stelle steht die Energiepolitik, weiterhin auch die Agrarpolitik, die Verkehrspolitik, die Wirtschaftspolitik und die Außen- und Entwicklungspolitik.

Die Erneuerbaren Energien, die Senkung von Treibhausgas-Emissionen und die Energieeffektivität sind die Hauptelemente, die innerhalb der Energiepolitik die Klimapolitik reflektieren. Die Tschechische Republik richtet sich dabei nach der EU-Strategie 20-20-20. Sie beteiligt sich an der Erfüllung der gesamteuropäischen Ziele. Dabei soll bis zum Jahre 2020 der Anteil der Erneuerbaren Energien 13 Prozent ausmachen. Zurzeit sind es acht Prozent, die vor allem aus Wasserkraftwerken, Biomasse und Biogas resultieren. Dank der reichlichen staatlichen Unterstützung der Solarenergie erlebte dieser Sektor in den letzten Jahren einen Boom. 2010 hat jedoch die Regierung festgestellt, dass diese Entwicklung zu einer massiven Steigerung der Energiepreise führen wird. Deswegen wurde eine Steuer auf die Solarenergie erhoben. Zahlreiche Investoren wollen deswegen internationale Schiedsverfahren mit der Tschechischen Republik führen, was weitere zusätzliche Kosten für den Staat bedeuten kann. Dieses Problem verschlechterte das Image der Solarenergie in der tschechischen Öffentlichkeit sehr.

Bei der Senkung von Emissionen ist die Tschechische Republik erfolgreich. Seit 1990 sind die Emissionen um 27,5 Prozent gesunken. Das entspricht einem doppelt so hohen Anteil wie in der EU27 und übersteigt außerdem das Ziel des Kyoto-Protokolls um acht Prozent. Dieser Effekt ist vor allem der Restrukturierung der Tschechischen Wirtschaft nach der Wende zu verdanken. Auch die Energieeffektivität steigt in der Tschechischen Republik schneller als in den Ländern der Internationalen Energieagentur. Jedoch muss bei einer Wertung dieser Erfolge berücksichtigt werden, dass sowohl bei den Emissionen als auch bei der Energieeffektivität die Verbesserung gegenüber viel schlechteren Anfangswerten als bei den „alten“ EU-Mitgliedsländern gemessen wird.

Ende 2011 soll eine Revision der tschechischen Strategischen Energiekonzeption veröffentlicht werden. Diese wird die Entwicklung des energetischen Mixes in der Tschechischen Republik bestimmen. Vom heutigen Stand aus ist zu erwarten, dass die tschechische Regierung eher Richtung Atomenergie und der einheimischen Ressourcen gehen wird. Im

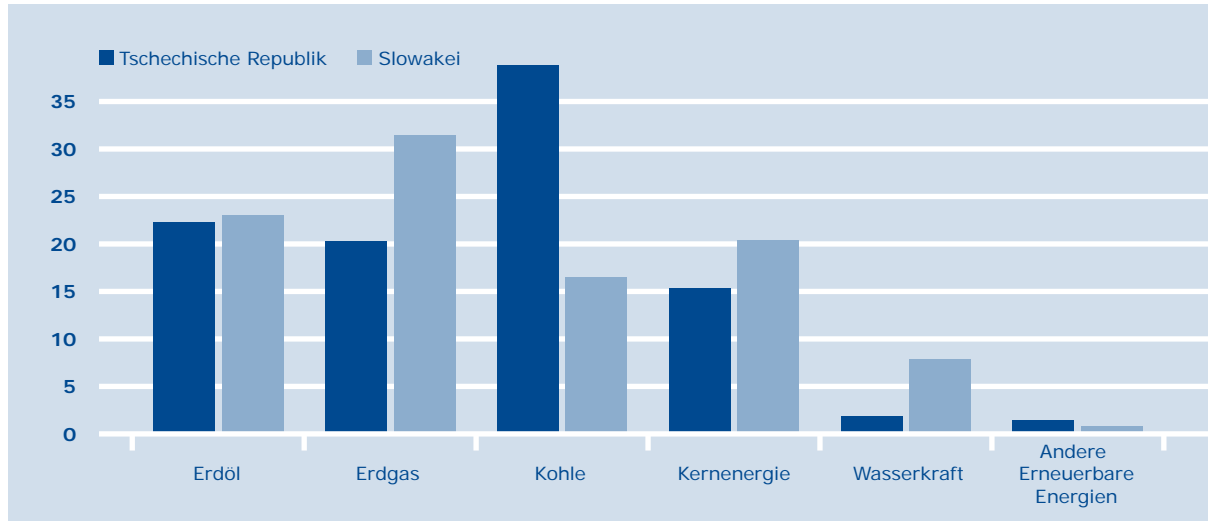
Zusammenhang mit der Energiethematik wird in Expertenkreisen sowie in den Medien oft Bezug auf die deutsche Energiepolitik genommen. Deutschland wird dabei zwar als Vorreiter bei der Entwicklung von Erneuerbaren Energien dargestellt, jedoch wird dies nicht als ein Modell für die Tschechische Republik gesehen, hier wird der Fokus auf Atomenergie und Kohle gelegt. Unter anderem aus diesem Grund führte die Entscheidung Deutschlands zum Atomausstieg in Tschechien zu einer intensiven Debatte. Die tschechischen Politiker sowie die meisten Experten fürchten die Folgen für die tschechische Wirtschaft und für die Bürger. Premierminister Nečas verkündete bei einem offiziellen Besuch in Sachsen, dass die Energiepreise in Tschechien aufgrund des Atomausstieges Deutschlands aller Voraussicht nach um 30 Prozent steigen werden. Dies hätte Folgen vor allem für die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Industrie. Die Folgen für die Tschechische Republik fürchten auch einige Kommentatoren. Daniel Kaiser von der tschechischen Zeitung *Lidové noviny* konstatiert, „dass Deutschland immer, im Guten sowie Schlechten, ein zu starkes Epizentrum war, von dem sich kleine Objekte in seiner unmittelbaren Nähe, wie z.B. die tschechische Gesellschaft, nie ganz emanzipieren konnten“. Auch Präsident Václav Klaus positioniert sich gegenüber dem deutschen Atomausstieg sehr skeptisch. Er halte es für einen unvernünftigen und populistischen Schritt, der eine gewisse politische Ratlosigkeit zeige. Erste konkrete Reaktionen auf den deutschen Atomausstieg kommen laut der Zeitung *Hospodářské noviny* auch aus der Wirtschaft. Die tschechische Energiefirma ČEZ soll offenbar wegen der unsicheren Entwicklung in Deutschland seine geplante Elf-Milliarden-Kronen-Investition (ca. 400 Millionen Euro) in der Bundesrepublik in ein Braunkohlekraftwerk stoppen.

Neben dem Atomausstieg Deutschlands stellt offenbar auch das „Übermaß“ an deutscher Energie aus den Windrädern im Norden eine große Herausforderung für tschechische Netzwerke und Transformatoren dar. Konsens mit Deutschland herrscht dagegen in der Einschätzung einiger Aspekte einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik – vor allem um gegenüber Russland bestimmter auftreten zu können.

In der Agrarpolitik wird die Klimathematik vor allem im Zusammenhang mit den Adaptations- und Mitigationsmaßnahmen behandelt. Dabei konzentriert man sich auf die Landschaftspflege und den Wasserhaushalt. Weiterhin ist die Produktion von Biomasse und Biobrennstoffen ein wichtiges Element der tschechischen Agrarpolitik. Die Bursík-Klimakonzeption rechnet mit einem massiven Aufschwung in der Energieschöpfung aus Biobrennstoffen.

## VERGLEICH PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH NACH BRENNSTOFFEN ZWISCHEN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK UND DER SLOWAKEI IM JAHR 2010

in Prozent vom Gesamtverbrauch



Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2011

Die Thematik der Biobrennstoffe erscheint auch in der Verkehrspolitik. Hier konzentriert man sich vor allem auf die Erneuerbaren Treibstoffe und die Emissionen aus dem Transportbereich, die 13,2 Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen in der Tschechischen Republik verursachen.<sup>6</sup> Laut Gesetz muss Benzin 4,1 Prozent von Bioethanol und Nafta sechs Prozent von Bionafta beinhalten. Aufgrund der geographischen Lage der Tschechischen Republik gehören die Biobrennstoffe zu den wenigen Erneuerbaren Ressourcen, die im Lande produziert werden können. Sie finden eine breite Anwendung, unabhängig davon, dass es in der globalen Debatte immer mehr Stimmen gibt, die die Anwendung von Biobrennstoffen kritisieren.

In der internationalen Debatte zur Klimapolitik tritt die Tschechische Republik nicht als ein unabhängiger Akteur auf, sondern ist ein Teil der EU-Delegation und vertritt die Positionen der EU. Die Tschechische Republik kann bei der Formulierung der EU-Positionen in der Klimapolitik, im Rahmen von EU-internen Verhandlungsprozessen eine aktive Rolle spielen. Nach Meinung von Petr Patočka, Klimaexperte des Think Tank Glopolis, zählt die Tschechische Republik zu den gemäßigten Staaten, die mit einer an extremen Meinungen freien Kompromisslösung zufrieden sind.

In Cancún unterstützte die Tschechische Republik die europäische Position, die einen neuen Vertrag forderte, an dem auch die Staaten des Kyoto-Protokolls teilnehmen sollten. Sie war auch bereit, einer Übergangsperiode von Kyoto zuzustimmen. Mit den Verhandlungen von Cancún war die tschechische Regierung zufrieden, weil es trotz der Schwere und Komplexität der Probleme zu einem Fortschritt gekommen ist und die Blockade von Kopenhagen nicht wiederholt wurde. Die Tschechische Republik beteiligt sich auch finanziell an den EU-Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern. Sie unterstützt z.B. das auf dem Kopenhagener Vertrag basierende Programm Fast Start Finance, welches die Mitigations- und Adaptationsmaßnahmen in den Entwicklungsländern fördert.

Insgesamt ist die Klimapolitik in Tschechien jedoch immer noch ein Thema zweiter Klasse. Die Politiker sowie die Bürger stehen dem Klimawandel skeptisch gegenüber. Ambitionierte politische Initiativen, vor allem für eine umfassende Konzeption der Klimapolitik, sind gegenwärtig nicht zu beobachten. Von den 2011 im Parlament vertretenen Parteien kümmert sich keine intensiv um Klimaschutzpolitik. Gleichzeitig kann aber ein Gegentrend in Form der Europäisierung der Tschechischen Klimapolitik verfolgt werden. Seien es die internationalen Klima-Verpflichtungen, die Energiepolitik oder die Entwicklungspolitik, die in Brüssel konzipierten und beschlossenen Maßnahmen zur Klimapolitik sind Vorreiter für die Tschechische Klimapolitik und ziehen diese mit.

6 | EEA, „Tracking progress towards Kyoto and 2020 targets in Europe“, 2010, <http://www.eea.europa.eu/publications/progress-towards-kyoto> [02.09.2011].